

# „**Österreich** **im** **Wort**“

**WIR für EUCH**

Deshalb ~~FPÖ~~ - HC Strache

**Auswahl und Zusammenfassung inhaltlicher Ziele  
der Freiheitlichen Partei Österreichs  
für die neue Legislaturperiode**

# Einleitung

Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes Österreich wird zunehmend eingeschränkt. Immer mehr Rechte werden zu einem anonymen Verwaltungsapparat nach Brüssel delegiert, die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger Schritt für Schritt eingeschränkt.

Jahrzehntelange Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen bewirkt eine radikale Änderung unserer Bevölkerungsstruktur. Der Islam ist heute die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in Österreich und will bis zum Ende des Jahrhunderts die mit Abstand stärkste Bevölkerungsgruppe in ganz Österreich stellen.

Unsere Bürger und unsere Wirtschaft wurden – trotz reicher erneuerbarer Ressourcen in Österreich – von Energieimporten aus dem Ausland, von gentechnisch manipulierten Organismen und fremdbestimmten Konzernen abhängig gemacht.

Uns Österreichern bleibt nur beschränkt Zeit, um die Weichen noch vor dem vielzierten Punkt ohne Wiederkehr verantwortungsbewusst richtig zu stellen.

Freiheitliche Politik hat Mut zur Wahrheit, steht für mehr Miteinander, mehr Freiheit und gelebte Heimatliebe. Österreich hat einen reichen Schatz an tüchtigen, gut ausgebildeten und charakterstarken Menschen, einen breiten Fundus an einzigartigen Kulturgütern, hervorragende Experten und Wissenschaftler, fähige Unternehmer und das Glück, auf erneuerbare Energiequellen und fruchtbare Böden in einer schützenswerten und gesunden Umwelt zugreifen zu können. Verleugnen wir nicht länger unsere Stärken, opfern wir unsere Ressourcen nicht fremden Verwaltungsapparaten. Seien wir stolz auf unser Österreich und haben wir den Mut, unseren eigenen Weg zu beschreiten.

## Österreich zuerst

**Unbescholtene Bürger aus allen Staaten der Welt sind in Österreich gern gesehene Gäste. Wir freuen uns über leistungsbereite Menschen, die in Österreich ihre Fähigkeiten einbringen und unsere Kultur und Lebensart schätzen. Wer jedoch unser Sozialsystem missbraucht oder in Österreich straffällig wird, hat in seine Heimat zurückzukehren.**

Jeder sechste Einwohner Österreichs und jeder dritte Einwohner Wiens hat seine Wurzeln im Ausland. Im Jahr 2007 waren in Österreich rund 820.000 Fremde legal aufhältig. Dazu kommen rund 100.000 Illegale.

Österreich hat die Verpflichtung, sich mit der humanen und konsequenten Rückführung von Ausländern zu befassen. Damit sind vor allem jene gemeint, die in Österreich straffällig geworden sind, Sozialmissbrauch betreiben, deren Asylansuchen abgelehnt werden musste oder für die es keine Arbeitsplätze oder menschenwürdige Wohnungen im Land gibt.

Einreisende Familienangehörige sowie in Österreich geborene Kinder von Ausländern haben denselben Bestimmungen zu unterliegen wie alle Ausländer. Wenn sie selbst kein Einkommen haben, hat der ursprünglich Zugewanderte für ihren Unterhalt aufzukommen. Das Recht der zugezogenen Familienangehörigen soll am Recht des ursprünglich Zugewanderten hängen, insbesondere bei der Rückführung eines Straftäters.

Wer als Ausländer in Österreich ein Kapitalverbrechen begeht, hat seine Haftstrafe

in seinem Heimatland zu verbüßen und ist mit einem lebenslangen Einreiseverbot zu belegen.

Wer aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen verfolgt wird, der soll in Österreich auf bestimmte Zeit Asyl erhalten, sofern er nicht über ein sicheres Drittland illegal ins Bundesgebiet eingereist ist. Wer jedoch straffällig wird, hat sein Asylrecht verwirkt. Wer ohne Asylgrund als vermeintlicher Asylwerber nach Österreich eingereist ist, ist ohne Verzögerung abzuschicken. Weiters ist es notwendig, durch ein Neuerungsverbot zu verhindern, dass Verfahren mit immer neuen Argumentationen verlängert werden. Mit allen Herkunftsstaaten von Asylsuchenden sind Rückübernahmeabkommen abzuschließen. Die Gewährung von Entwicklungshilfe ist von der Zusammenarbeit der Staaten im Asylbereich abhängig zu machen.

Wir bekennen uns dazu, Religionsgemeinschaften, die unsere bewährte Trennung von Kirche und Staat in Frage stellen oder bekämpfen, das Privileg der gesetzlichen Anerkennung und damit den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts abzuerkennen. Wir lehnen das Errichten von Symbolen eines fremden Herrschaftsanspruchs über unsere Heimat unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und von politisch-religiösen Siegeszeichen wie Minaretten ab. Das Brechen unserer Verfassung und unserer Gesetze ist nicht durch Religionsfreiheit gedeckt und konsequent zu bestrafen. Beispiele sind hier etwa Gewalt gegen Frauen, das Missachten von Presse- und Meinungsfreiheit oder Tierquälerei.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Kinder von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und ohne deutsche Muttersprache müssen ein Jahr vor der Einschulung einen Deutschtest bestehen. Bei Misserfolg wird ein Intensivkurs absolviert, der von den Eltern zu finanzieren ist. Bei bestandener Prüfung ist die Aufnahme in das öffentliche Schulsystem in Österreich und damit eine hervorragende Ausbildung für die Zukunft möglich.

## Soziale Gerechtigkeit

**Österreichische Staatsbürger sollen in der Heimat vor existenzbedrohenden Risiken bedingt durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und schweren Schicksalsschlägen bestmöglich geschützt sein.**

Eine Grundsicherung für alle in Österreich lebenden Personen, die unabhängig von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen finanzielle Mittel zusichert, wird von uns jedoch abgelehnt. Sie stellt eine grob ungerechte Form von Umverteilung dar und provoziert Zuwanderung von ausschließlich an unseren Sozialleistungen interessierten Personen.

Ein wichtiges Anliegen ist die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie ist nicht nur ein großes persönliches Problem für den Betroffenen, sondern belastet auch unseren Staat mit bis zu 7 Milliarden Euro jährlich. Soziale Schutz- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen müssen ganz gezielt den wirklich Bedürftigen zugute kommen. In Schulung befindliche Personen sind um nichts weniger arbeitslos und deshalb ebenfalls in der Arbeitslosenstatistik zu erfassen.

Ein hoher Anteil der heute in Österreich lebenden Ausländer ist entweder gar nicht berufstätig oder aufgrund eines geringen Ausbildungsniveaus überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine Belastung unseres Sozialsystems durch Wirtschaftsflüchtlinge muss aber verhindert werden. Wir bekennen uns daher dazu, Gastarbeiter gemäß einem für ihren vorübergehenden Aufenthalt maßgeschneiderten Modell zu versichern und dafür eine eigens zu schaffende Sozialversicherung ohne Fehlbeitragsausgleich durch die öffentliche Hand einzurichten.

Ausländer haben Beschäftigungsbewilligung und Aufenthaltserlaubnis zu verlieren, wenn sie über längere Zeiträume oder wiederholt arbeitslos sind. Schwarzarbeitende Ausländer haben in ihr Heimatland zurückzukehren.

In Bereichen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht (Gesundheits- und Pflegebereich, Erntehelfer, etc.), darf nicht gleich nach einer Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer verlangt werden. Vielmehr sind österreichische Arbeitslose vom AMS in zielgerichteten Schulungen zu qualifizieren. Es ist in dieser Frage eine langfristige und vorausschauende Planung gefordert.

## Mehr Geld in der Tasche

Die Österreicher leiden unter den hohen Belastungen und der ausufernden Inflation. Für Grundnahrungsmittel wie Milch und Brot soll daher die Mehrwertsteuer genau so gesenkt werden wie für verschriebene und daher für den Patienten notwendige Medikamente.

Das gleiche gilt für Heilbehelfe, für Prothesen oder Rollstühle. Österreich braucht zudem endlich ein umfangreiches und durchschlagskräftiges Preis- und Wettbewerbsmonitoring. Dies soll Preisabsprachen und Monopolbildungen verhindern.

Die FPÖ tritt für die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit ein, die sich in der Senkung der Lohnnebenkosten widerspiegeln soll. Dadurch werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der Kaufkraft ermöglicht.

Zur Eindämmung der kalten Progression spricht sich die FPÖ für eine Inflationsanpassung der Stufen der Durchschnittsteuersätze bei der Ermittlung der jährlichen Einkommensbemessungsgrundlage aus. Die kalte Progression hat nämlich unmittelbare Auswirkungen auf die Kaufkraft der Österreicher und auf die Binnennachfrage.

Ein fiskalpolitisches Kardinalziel der FPÖ ist eine Humanisierung des Steuersystems zugunsten von Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Die Körperschaftssteuer ist daher dem Humanaufwand eines Unternehmens anzupassen.

Vernünftig ist auch eine Abschaffung von Bagatellsteuern, die in der Regel eine relativ hohe

organisatorische Belastung für den öffentlichen Dienst darstellen. Davon betroffen wären die Bodenwertabgabe, Kreditgebühren, Bestandsgebühren, die Schaumweinsteuer, die Feuerschutzsteuer und die Werbesteuer.

## Europa der Vaterländer

Die FPÖ bekennt sich zu einem Europa der freien und unabhängigen Vaterländer im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten.

Die FPÖ setzt sich für die europäische Einigung ein. Die EU setzt jedoch nach freiheitlicher Auffassung vielfach falsche Schwerpunkte, was zu einer zunehmenden Ablehnung durch die Bürger führt.

Die FPÖ bekennt sich zu einem europäischen Vertragswerk mit einem Rechte- und Pflichtenkatalog für Union und Mitgliedstaaten. Die Verfassungen der souveränen Mitgliedstaaten müssen absoluten Vorrang vor dem Recht der Union haben. Der sogenannte EU-Reformvertrag wird von der FPÖ abgelehnt. Er ist das Ende unserer Neutralität und unserer Souveränität. Die Strategie zur Schaffung eines europäischen Superstaates nach US-amerikanischem Muster ist gescheitert. Zuletzt haben dies die Referenden in Frankreich, den Niederlanden und in Irland gezeigt. Die europäischen Völker lehnen einen solchen Kurs, mit dem man letztlich auch den jüngst gescheiterten Verfassungsentwurf verbindet, ab. Ein neuer Verfassungsvertrag kommt für die FPÖ nur nach einer verbindlichen Volksabstimmung in Österreich in Frage.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Für die FPÖ ist eine Diskussion über den Austritt aus einer Europäischen Union, die sich zu einem Zentralstaat entwickelt und die Grundsätze der Subsidiarität und der Demokratie mit Füßen tritt, kein Tabu. Eine solche Entscheidung darf jedoch ausschließlich im Rahmen einer Volksabstimmung erfolgen.

Die FPÖ erteilt einer schrankenlosen Ausweitung der europäischen Integration auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht-europäische Gebiete Asiens und Afrikas eine klare Absage. Dies betrifft derzeit vor allem die Beitrittswünsche der Türkei. Wir treten daher - mit Ausnahme der Balkanstaaten - für einen Erweiterungsstopp ein. Deshalb sind die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sofort zu stoppen und es hat eine Festlegung der EU-Außengrenzen zu erfolgen.

Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union hat zu einer Volksabstimmung über den Austritt Österreichs aus der politischen EU zu führen.

## **Bundesheer und Neutralität**

Die FPÖ versteht sich als Anwalt für ein leistungsfähiges und effizientes Bundesheer. Wir bekennen uns zur Neutralität, zur umfassenden Landesverteidigung sowie zur allgemeinen Dienstpflicht in Form des Wehrdienstes oder in Form eines Sozialdienstes.

Schwindende Budgetanteile bei steigender Inflation, begleitet von kostspieligen Auslandsengagements, reduzieren massiv die

für die Erfüllung innerösterreichischer Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel des Bundesheers.

Die FPÖ bekennt sich zur Anhebung des Budgetanteils für unser Bundesheer auf 1 % BIP und zur Sonderfinanzierung aller Zusatzaufträge wie etwa von Auslandseinsätzen. Außerdem hat eine unverzügliche Erneuerung des gesamten Fahrzeugparks zu erfolgen.

Eine „Europaarmee“ unter Brüsseler Kommando wird abgelehnt. Das Bundesheer muss zur Sicherstellung seiner vorrangigen Aufgabe des Heimatschutzes ausnahmslos unter österreichischer Hoheit verbleiben. Als neutraler Staat lehnen wir eine Mitgliedschaft Österreichs in einem Militärbündnis ab. Eine Entscheidung über den Einsatz unseres Bundesheers und unserer Soldaten trifft ausschließlich Österreich selbst.

## **Sicherheit für die Menschen in unserem Land**

Bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Banden- und Schlepperunwesen, Drogenhandel und Gewalt gegen Kinder hat der Staat seine Möglichkeiten entschlossener zu nutzen und einzusetzen. Lebenslange Freiheitsstrafen müssen auch als solche vollzogen werden.

In Österreich explodiert die Zahl der Wohnungs- und Hauseinbrüche. Mit Hilfe verschleiender Statistiken wird versucht, die offensichtlichen Probleme wegzurechnen.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Die Bundesregierung ist gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Exekutive im Kampf gegen die Kriminalität wirksam agieren kann. Dazu gehören nicht nur ausreichende Personalstände, sondern auch eine gerechte Bezahlung und eine erstklassige Ausrüstung.

Die Religionsfreiheit als Grundrecht wird von religiösen Fanatikern und Heilslehren zunehmend dazu benutzt, fundamentale Rechtsgüter massiv einzuschränken. Insbesondere die Grundrechte auf persönliche Freiheit, Freizügigkeit, Eigentum, körperliche und geistige Unversehrtheit werden zum Teil massiv verletzt. Es ist eine Kardinalaufgabe des Staates, den Schutz der Grundrechte für den Einzelnen zu gewährleisten.

Schwere Formen der Gewalt gegen Kinder rechtfertigen schärfere Strafmaßnahmen. Dies gilt vor allem in Verbindung mit sexuellem Missbrauch. Außerdem hat die Verjährung der Strafbarkeit bei derartigen Straftaten zu entfallen. Auch vorzeitige Entlassungen dieser Straftäter sind gesetzlich zu unterbinden.

Wir fordern eine lebenslange Freiheitsstrafe für Personen, welche Unmündige missbrauchen. Außerdem fordert die FPÖ das Anheben der Strafsätze sämtlicher Straftatbestände gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung.

Im Bereich der Drogenkriminalität hat die – meist afrikanische - organisierte Kriminalität den Drogenhandel in Österreich übernommen. Um diesen Mördern auf Zeit wirksam entgegenzutreten, sind vor allem in der Drogengesetzgebung restriktive Maßnahmen umzusetzen. Die Strafuntergrenzen für Dro-

genhandel und auch Drogenbesitz sind zu erhöhen.

Haftstrafen dienen der Sühne. Daher dürfen unsere Gefängnisse nicht wie Hotels geführt werden. Viele Kriminaltouristen leben in unseren Gefängnissen komfortabler als in der Heimat. Der notwendige Abschreckungseffekt einer Haftstrafe wird damit unterkariert.

## Senioren achten – Lebenserfahrung würdigen

**Wir begreifen den demographischen Wandel als Herausforderung, die für den Einzelnen bedeutet, ein langes Leben selbst gestaltend und selbstbewusst führen zu können.**

Unser Sozialsystem hat auf die Bedürfnisse von Senioren besondere Rücksicht zu nehmen. Bisherige Regierungen haben Senioren nur allzu deutlich als Bittsteller behandelt, welche der werktätigen Gesellschaft angeblich hohe Kosten verursachen. Dass gerade diese Senioren unser Land aufgebaut und Kinder großgezogen haben, die jetzt unsere Gemeinschaft am Leben erhalten und zudem selbst Beiträge in das Sozialversicherungssystem einbezahlt haben, wird oft vergessen.

Die Pension ist der verdiente Lohn für die Lebensleistung. Damit der dritte Lebensabschnitt aktiv gestaltet werden kann, brauchen wir im Alter wirtschaftliche Sicherheit. Der Generationenvertrag ist dabei die Basis unserer heutigen Altersversorgung.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Bei diesem finanzieren die heute Erwerbstätigen die aktuellen Rentenzahlungen. Die FPÖ bekennt sich klar zum Drei-Säulen-Modell, zum Umlageverfahren und zu einer Harmonisierung der Pensionssysteme in der staatlichen Säule.

Notwendig ist weiters eine Bonifikation der Kindererziehung im Rahmen des Pensionssystems. Wer für Kinder Verantwortung übernommen hat, soll davon auch im Alter profitieren. Kinder als zukünftige Beitragszahler sind die Grundlage des derzeitigen Umlageverfahrens.

Zusätzlich ist zu beachten, dass Pensionisten einen spezifischen Warenkorb nachfragen. Dieser ist aber in einem höheren Ausmaß von Preissteigerungen betroffen als der allgemeine Warenkorb, in dem billiger werdende Zeitgeistartikel die Inflationsrate dämpfen. Die Anpassung der Pensionen muss daher nach dem Pensionistenpreisindex erfolgen. Was hat die alleinstehende Mindestpensionistin davon, wenn Flat-TV und Handy immer günstiger werden, Grundnahrungsmittel und Energie aber immer teurer?

Der herrschende Grundsatz, nach 45 Arbeitsjahren ohne Abschläge in Pension gehen zu können, muss auch weiterhin aufrecht erhalten werden.

Eine künstliche Anhebung des Pensionsantrittsalters ist völlig sinnlos, weil der Arbeitsmarkt keine ausreichenden Alternativen zum Pensionsbezug anbietet. Es profitiert nur der Finanzminister, der in Zukunft an die Betroffenen geringere Pensionen auszubezahlen hat. Dieser Weg wird aber von der FPÖ nicht unterstützt. Eine Umschichtung potentieller Pensionsbezieher in die Alters-

arbeitslosigkeit kann kein Mittel einer vernünftigen und am Menschen orientierten Politik sein.

## **Unser Gesundheitssystem – jeder ist betroffen**

**Wir sind stolz auf unser Gesundheitswesen, das vor allem aufgrund der guten Ausbildung unserer Mediziner und einer hohen Leistungsbereitschaft derselben international anerkannt ist.**

Die vordergründig geführte Spardebatte rund um die gescheiterte Gesundheitsreform ist mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Das österreichische Gesundheitswesen benötigt Strukturreformen und nicht Einsparungen. Die FPÖ fordert in diesem Zusammenhang mehr Transparenz. Denn steigende Kosten bei den Kassen bedeuten nicht zwangsläufig einen Anstieg der Gesundheitsausgaben. In vielen Fällen kommt es zu einer Kostenverlagerung von den Spitälern zu den Kassen, die sachlich gerechtfertigt ist und den Patienten zugute kommt.

Das Gesundheitssystem braucht vor allem optimierte Finanzierungsströme. Wie wir aus der Vorsorge wissen, können erhöhte Ausgaben in einzelnen Bereichen in Summe zu durchaus erheblichen Einsparungen führen. Das IHS und Gesundheitsexperten sehen durch Effizienzsteigerungen ein Einsparungspotential von bis zu 3 Milliarden Euro bei qualitativ gleichbleibender Leistung.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache



Dazu ist es notwendig, Gesundheitsleistungen zu konzentrieren und künftig aus einem Topf sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass die Krankenkassen zusätzlich belastet sind, weil Patienten nicht im Spital, sondern unter optimalen Bedingungen in den eigenen vier Wänden nachversorgt werden. Die Kosten hierfür sind für die öffentliche Hand in Wirklichkeit geringer.

Die Vorsorge ist für uns Freiheitliche ein Primärfokus des Gesundheitswesens. Wir wollen hier daher ein Umdenken in der Medizin bewirken. Denn mit verstärkter Prävention können die enormen Kosten der kurativen Medizin eingedämmt werden.

Die FPÖ erkennt die steigende Bedeutung der Naturheilkunde bei der ganzheitlichen Behandlung von Krankheiten an. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Naturheilmittel, welche vom Arzt verschrieben werden, auch finanziert werden. Insgesamt kann der vermehrte Einsatz von bewährten Naturheilmitteln dazu beitragen, die Krankenkassen finanziell zu entlasten.

Die FPÖ spricht sich klar gegen eine Abtreibung auf Krankenschein aus. Das öffentliche Gesundheitswesen finanziert Gesundheit und die Bekämpfung von Krankheiten und nicht die Vernichtung von Leben.

Für Ausländer ist eine eigene Sozialversicherung zu schaffen. Diese soll den Zugang zur medizinischen Versorgung in Österreich für Ausländer finanzieren. Diese Sozialversicherung ist weiters durch Abgaben von in Österreich lebenden und als Gastarbeiter aktiven Arbeitnehmern zu speisen.

## Behinderte und Pflegenotstand

**Wir stellen uns der Herausforderung, eine menschenwürdige und hochwertige Pflege sicherzustellen. Dies sind wir den betagten Menschen der Aufbaugeneration sowie allen pflegebedürftigen und behinderten Menschen in diesem Land schuldig. Wir erkennen darin eine Grundaufgabe des Sozialstaates.**

Eine gute Versorgung im Fall der Pflege- und / oder Betreuungsbedürftigkeit ist ebenso wie bei Krankheit, Unfall oder Behinderung eine Kernaufgabe des Sozialstaates. Die Finanzierung von Pflegenden und Betreuenden muss solidarisch erfolgen.

Höchste Priorität haben für die FPÖ daher nach wie vor Pflege und Betreuung im eigenen Heim. Daher ist es dringend notwendig, endlich eine Inflationsabgeltung beim Pflegegeld durchzuführen. Dieses hat bereits ein Fünftel seines Wertes eingebüßt. Die FPÖ bekennt sich zudem zur sozialen und rechtlichen Absicherung der pflegenden Angehörigen. Es gibt in Österreich mehr als 400.000 Personen, die Angehörige oder enge Bekannte zu Hause pflegen. 80 Prozent der Pflege- und Betreuungsleistungen werden von den Angehörigen zu Hause erbracht. Diese sollen daher auch einen Pensionsanspruch erwerben.

Während bei pflegebedürftigen Eltern die Kinder zur Bezahlung der Pflege- und Betreuungsleistungen herangezogen werden, übernimmt für Kinderlose der Staat die Kosten, wenn das eigene Vermögen verbraucht ist. Der bisherige Angehörigenregress muss daher gestrichen werden.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

## Ausgeglichenes Budget – schlanker Staat

Die FPÖ strebt ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget an. Wir wollen nachfolgende Generationen nicht mit Schulden belasten.

Bisherige Steuerreformen haben dem Bürger aus seiner Tasche jene Geldbeträge genommen, die ihm großzügig in die andere Tasche gesteckt wurden. Umverteilung bringt auf Dauer keine echte Entlastung. Wir brauchen Strukturreformen.

Nachhaltige Maßnahmen für Unternehmen, Arbeitnehmer und den Sozialstaat sind nur finanzierbar, wenn der Staat erkennt, dass er seine Aufgaben auf ein vernünftiges Maß zu beschränken hat.

Grundlage freiheitlicher Budgetpolitik ist die Entlastung des Bürgers. Unsere Arbeitnehmer und Unternehmer müssen in hohem Ausmaß selbst über ihr Geld verfügen können, anstatt jeden zweiten verdienten Euro dem Staat abzuliefern. Durch die Selbstbeschränkung des Staates auf seine eigentlichen Aufgaben sinken Kosten für die Verwaltung und Steuern können reduziert werden. Es entstehen mehr private Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für alle.

Genauso wichtig wie Einsparungen in der staatlichen Verwaltung wäre eine signifikante Verringerung des Nettobeitrages Österreichs an die Europäische Union. Zudem weist die EU in ihrer gegenwärtigen Form auch teilweise antidemokratische Strukturen auf. Es ist daher eine Reduktion der Regu-

lierungswut auf EU-Ebene und ein Abbau der unionseuropäischen Verwaltungsebene dringend notwendig.

## Klein- und Mittelbetriebe – größter Arbeitgeber

Die kleinen und mittleren Unternehmen bilden das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft und stellen zwei Drittel aller Arbeitsplätze. Sie gilt es vermehrt zu unterstützen.

Die Leistungen der kleinen und mittleren Betriebe Österreichs sind umso bemerkenswerter, als die über Jahre hinweg schwache Konjunktur nicht zu einem Arbeitsplatzabbau geführt hat.

Die Arbeitskosten der Unternehmen werden jedoch zu einem nicht unwesentlichen Teil durch Lohnnebenkosten beeinflusst. Die hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit stellt ein Hemmnis für die Beschäftigung dar. Denn die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit liegt in Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt. Vorrangiges Ziel der FPÖ ist es daher, die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zu senken.

Das Einkommensteuergesetz sieht derzeit vor, dass Investitionen in das abnutzbare Anlagevermögen unter der Geringwertigkeitsgrenze (400 Euro netto) sofort im Jahr ihrer Anschaffung gewinnmindernd geltend gemacht werden können. Andernfalls sind die Anschaffungskosten über die Nutzungsdauer zu verteilen. Diese Regelung führt insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben zu Liquiditätsproblemen.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Eine Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 1.000 Euro würde diese Situation entschärfen und einen nennenswerten Investitionsanreiz bieten.

Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Betrieben sollen nicht entnommene Gewinne steuerlich stärker begünstigt werden.

Die Mindestkörperschaftssteuer wird von der FPÖ als Hemmnis für ein gesundes Wirtschaftswachstum beurteilt. Diese legt vor allem den Jungunternehmern Steine in den Weg. Sie ist daher ersatzlos zu streichen.

## **Arbeitnehmer – Partner der Wirtschaft**

**Freiheitliche Politik spielt Unternehmer und Mitarbeiter nicht gegeneinander aus. Vernünftige Wirtschafts- und Arbeitnehmerpolitik führt zu mehr Lebensqualität und mehr Wohlstand in unserem Heimatland.**

Österreich leidet nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Schwächen in der dualen Ausbildung an einem Facharbeitermangel. Wie so oft wird hier zuerst der Ruf nach ausländischen Arbeitnehmern laut. Das AMS hat daher die Aufgabe, gezielte Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen voranzutreiben und auch vorausschauend zu planen. Gleichzeitig sollen auch qualifizierte Hilfsarbeiter die Chance zum Aufstieg als Facharbeiter erhalten.

Seit 1990 ist die Anzahl der Lehranfänger von fast 50 Prozent auf rund 40 Prozent gesunken. Als Anreiz zur Einstellung von Lehrlingen schlagen wir vor, die Kosten österreichischer Lehrlinge während der Berufsschulzeit von der

öffentlichen Hand tragen zu lassen. Dies soll auch der dualen Ausbildung wieder zu einem höheren Stellenwert verhelfen. Die Lehrlingsausbildungsprämie ist beizubehalten.

In jüngerer Zeit beklagen immer mehr unselbstständig Erwerbstätige sogenannte Konkurrenzkláuseln in ihren Dienstverträgen. Diese Vertragsbestandteile wurden ursprünglich für Fachkräfte aus den Bereichen Technik und Management eingeführt, um die unerwünschte Weitergabe von Betriebsgeheimnissen an konkurrierende Unternehmen durch Abwerbung von Fachkräften zu verhindern. Völlig unverständlich sind solche Klauseln aber in Dienstverträgen bei Arbeitnehmern, die nicht als Geheimnisträger gelten oder als Spezialkräfte mit eng an den Betrieb gebundenen Fertigkeiten versehen sind. Die FPÖ spricht sich für eine sinnvolle Einschränkung der Möglichkeit von Konkurrenzkláuseln in Arbeitsverträgen aus.

Wir bekennen uns zur Ausweitung der Nichtbesteuerung von Überstunden. Der Maxime „Leistung muss sich lohnen“ folgend, sollten statt derzeit 5 Überstunden hinkünftig 10 Überstunden steuerfrei gestellt werden.

Ausgaben für bestimmte haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Gartenarbeiten, Reinigung, Kinderbetreuung, Reparaturen am Haus, Handwerksarbeiten, usw.) sollen künftig als Werbungskosten von der Steuer absetzbar und somit deutlich günstiger sein. Die Steuerabsetzbarkeit ist mit einer weiteren Obergrenze von 3.000 Euro pro Person im gemeinsamen Haushalt zu deckeln.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

## Frauen – Männer – Partnerschaft und Familie

**Nur ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern in Österreich sichert eine gedeihliche Zukunft. Dies bedeutet sowohl gleiche Rechte als auch gleiche Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit.**

Durch Zuwanderung vor allem aus außereuropäischen Ländern ist diese Chancengleichheit für immer mehr Frauen in Österreich nicht gegeben. Zwangsehe, Genitalverstümmelung oder Kopftuchzwang sind deutliche Signale einer Unterdrückung von Frauen. Diese kann in Österreich nicht akzeptiert werden.

Um für Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen Kinderbetreuung und beruflichem Engagement erreichen zu können, muss auch das Kinderbetreuungsgeld weiterentwickelt werden. Heute erhalten die Familien das Kinderbetreuungsgeld meist nur für 30 Monate. Grund dafür ist, dass ein Elternteil das Kinderbetreuungsgeld nur 30 Monate beziehen darf und der zweite Elternteil in vielen Fällen die restlichen sechs Monate nicht in Anspruch nehmen kann. Auch für Alleinerzieher ist das bestehende Modell ein echter Nachteil. Es steht nämlich in diesem Fall kein Partner zur Verfügung, der weitere 6 Monate zugunsten des Kindes diese Mittel in Anspruch nehmen könnte. Das muss sich ändern. Außerdem sind Zuverdienstgrenzen zu streichen. Die arbeitsrechtliche Karenz ist auf drei Jahre auszuweiten.

Junge Frauen und Mädchen sehen sich oft in einer ausweglosen Situation, wenn sie ein Kind erwarten. Entsprechend hoch ist leider die Abtreibungsrate. Da Kinder ein Segen sein sollen und keine Belastung, müssen diese jungen Frauen und Mädchen bestmöglich unterstützt werden. Wenn sich eine junge Schwangere sicher fühlen kann, dass sie ihr Leben und ihre Ausbildung auch mit einem Kind meistern kann, wird sie sich wahrscheinlich eher für das Kind entscheiden, als wenn sie sich allein gelassen glaubt. Junge Mütter müssen auch nach der Geburt betreut werden. Eine Fachkraft, die in der ersten Zeit hilft, im Alltag zurechtzukommen, muss im Bedarfsfall vom Staat sichergestellt werden. Denn nicht immer sind Eltern, Verwandte oder wahre Freunde zur Stelle, die die junge Mutter unterstützen.

Wir bekennen uns zur Abkehr von der Individualbesteuerung hin zum Familiensplitting als wichtigste Maßnahmen zur Unterstützung unserer Familien. Das Familiensplitting steigert die Kaufkraft von Familien und befreit diese aus der ungerechten fiskalischen Behandlung von Familieneinkünften. Denn Familien sind auch Wirtschaftsgemeinschaften.

Wir bekennen uns zur Institution der Ehe zwischen Mann und Frau. Sie verdient besonderen Schutz. Die Gleichsetzung von homosexuellen Partnerschaften mit Familien oder der Ehe zwischen Mann und Frau wird von uns abgelehnt. Die FPÖ ist auch gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Ersatzeltern.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache



Unter den Bildungszielen ist die Beherrschung der Grundkulturtechniken für den weiteren Bildungsaufbau Voraussetzung. Die Lehrzielvorgaben im Ausbildungsbereich haben sich darüber hinaus am Bedarf zu orientieren. Der Stellenwert der Facharbeiterausbildung ist zu heben. Die Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) sollen weiterentwickelt werden und zumindest einen Baccalaureatsabschluss anbieten.

Wir bekennen uns zum freien Hochschulzugang als unverzichtbaren Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Die bestandene Matura ist als Voraussetzung für ein Studium ausreichend. Ausnahmen darf es nur für Kunst- oder Sportstudien geben, wo spezifische Anlagen unabdingbar sind.

## **Der Autofahrer – Melkkuh des Finanzministers**

**Der Autofahrer ist eine tragende Säule unserer Staatsfinanzen und wird vom Finanzminister immer mehr belastet. Nicht überall in Österreich stehen leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung. Ein großer Teil der Arbeitnehmer ist daher nach wie vor auf das private Fahrzeug angewiesen.**

Die FPÖ fordert eine Steuerentlastung für den vom Fiskus geplagten Individualverkehr und die Zweckwidmung der Mineralölsteuer. Sie war jahrzehntelang das wichtigste Finanzierungsinstrument für den Straßenbau und die Straßenerhaltung. Im Jahr 1987 wurde diese Zweckbindung der Mineralöl-

steuer aufgehoben. Seither fließen diese Einnahmen in das allgemeine Bundesbudget und versickern dort. Die ASFINAG sitzt daher auf einem Schuldenberg, der bald bezahlt werden muss. Dies wird in erster Linie die Autofahrer treffen.

Die FPÖ bekennt sich außerdem zu einer völligen Neuorientierung des Ersatzes der Fahrtkosten für Pendler. Auch der unselbständig Beschäftigte soll seine Fahrtkosten zum Arbeitsplatz in voller Höhe bei der Arbeitnehmerveranlagung geltend machen können.

## **Freiwillige in Blaulichtorganisationen**

**Die FPÖ sieht sich im besonderen Maße unseren Blaulichtorganisationen verpflichtet. Daher sollen die Freiwilligen, die regelmäßig besonders schweren Belastungen ausgesetzt sind, unterstützt werden.**

In Österreich gibt es hunderttausende Freiwillige, die unentgeltlich bei Feuerwehr und Rettung tätig sind. Diese freiwilligen Helfer leisten einen unbezahlbaren Beitrag zur Aufrechterhaltung unseres hohen sozialen Standards. Die Sicherheit in Österreich könnte ohne die genannten Organisationen nicht in diesem Maße gewährleistet werden.

Freiwillige bei Blaulichtorganisationen sollen künftig auch bei der Schwerarbeiterregelung berücksichtigt werden und früher abschlagsfrei in Pension gehen können.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Denn sie sind regelmäßig besonders schweren Belastungen im Rahmen ihrer freiwilligen Tätigkeit - beispielsweise bei Verkehrsunfällen mit Personenschäden – ausgesetzt.

Es ist völlig inakzeptabel, wenn Feuerwehren und Rettungshilfsorganisationen bei der Anschaffung der notwendigen Geräte zusätzlich durch die Mehrwertsteuer belastet werden. Diese Organisationen übernehmen Aufgaben, die sonst die öffentliche Hand zu tragen hätte. Deshalb ist ein gerechtes Fiskalmodell zu schaffen, das für den Ankauf von für den Einsatz notwendigen Geräten durch Feuerwehren und Rettungshilfsorganisationen eine Mehrwertsteuerrückvergütung vorsieht.

## Umweltschutz ist Heimatschutz

**Die FPÖ bekennt sich zur Umstellung der Energieversorgung in Österreich auf heimische, regenerative Energiequellen. Wir wollen die Abhängigkeit von Scheichs und Oligarchen und die Erpressbarkeit durch Großkonzerne ein für alle mal beenden.**

Österreich wurde über Jahrzehnte in eine fatale Abhängigkeit getrieben. Ohne Import von Öl, Erdgas und Atomstrom würde unsere Wirtschaft heute nicht funktionieren. Es würden auch unsere Haushalte im Winter nicht geheizt werden. Doch jetzt sitzen wir in der Kostenfalle. Fossile Energieträger werden immer teurer und verschmutzen unsere gesunde Umwelt.

Der Einsatz heimischer, erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von größerer Unabhängigkeit und zum Schutz unserer Natur. Durch den Ausbau von Sonnen-,

Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen und durch die Nutzung von Geothermie können Ressourcen geschont werden. Außerdem wird die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein neuer, ergiebiger Arbeitsmarkt erschlossen. Dazu braucht Österreich vor allem ein effizientes Erneuerbares Energiengesetz und eine thermische Sanierungsoffensive für den Altbestand. Neue Häuser und Wohnungen sind optimal zu dämmen und mit erneuerbaren Energieträgern zu versorgen. Das senkt für die Zukunft die Betriebskosten und macht Schluss mit der Abhängigkeit von Konzernen und Multis.

Besonderes Augenmerk gilt unserem heimischen Wasserschatz, der Ziel von Begehrlichkeiten ist. Im Zeichen sich abzeichnender weltweiter Verteilungskämpfe muss die Verfügungsgewalt über unsere Wasserschatze ausschließlich in österreichischer Hand bleiben.

## Freie Bauern braucht das Land

**Das Schicksal unserer Heimat ist mit dem Wohl unserer Landwirtschaft verbunden. Unsere Landwirtschaft muss so stark sein, dass wir unsere Bevölkerung auf heimischem Grund und Boden mit gesunden Lebensmitteln versorgen können. Die FPÖ bekennt sich zu einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken.**

Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht. Zugleich schont sie auch unsere natürlichen Ressourcen.

**WIR für EUCH**  
Deshalb ~~(X)~~ FPÖ - HC Strache

Der Erzeugung ökologisch wertvoller und gesunder Lebensmittel gilt unsere ganze Aufmerksamkeit. Die FPÖ lehnt den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Land- und Forstwirtschaft ausnahmslos ab. Die Auswirkungen genetisch manipulierter Produkte im tierischen und menschlichen Körper sowie im gesamten Ökosystem sind völlig unbekannt und nicht vorhersehbar.

Wir wollen weg von der Massentierhaltung hin zu einem naturnahen, respektvollen Umgang mit unseren Tieren. Das kann am besten in kleinbäuerlichen Betrieben erfolgen und muss Ziel einer neuen, renationalisierten Landwirtschaftspolitik sein. Daher sind heimische bäuerliche Betriebe europäischen Agrarfabriken vorzuziehen.

## Künstlerische Freiheit und Verantwortung

**Der unverzichtbare Anspruch auf die Freiheit der Kunst wird nur durch die allgemeingültige Rechtsordnung eingeschränkt. In einer demokratischen Gesellschaft unterliegt jedoch jede künstlerische Ausdrucksform auch der uneingeschränkten Freiheit der Kritik.**

Ein ästhetisches Empfinden ist ausschließlich dem Individuum eigen und keinesfalls einer Institution. In diesem Sinne ist Kunst vor allem Privatsache. Wir bekennen uns daher zu einem privaten Mäzenatentum, das über steuerliche Anreize den Kunstmarkt stimuliert.

Über die staatlichen Steuerungsmechanismen der Subventionsgewährung, Kunstförderung und der Ankaufspolitik werden Künstler gegängelt und politisch instrumentalisiert. Dies hat eine speziell in Österreich herausgebildete Form des Staatskünstlertums zur Folge.

Der Staat hat seine Kunstförderung auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und infrastrukturellen Einrichtungen zu beschränken. Diese sollten insbesondere Kunsthochschulen, Konservatorien und Musikhochschulen, Galerien und Ausstellungsräumlichkeiten, öffentliche Bühnen und Konzertsäle, Werkräume und Starthilfen für Jungkünstler umfassen. Eine leistungsfähige Künstlersozialversicherung soll Künstlern das notwendige soziale Netz zur Verfügung stellen.